



ILLUSTRATION: SYLVAN WEGMANN

der Zuwendungen an die Parteien um Mitgliederbeiträge handeln. Die politische Infrastruktur der Schweiz wird auch von vielen einfachen Mitgliedern getragen.

Berner ziehen am meisten ab

Der Vergleich zwischen den Kantonen zeigt, dass Berner Haushalte besonders viel Politikspenden von den Steuern abziehen. Die Bevölkerung des Kantons, in dem das Bundeshaus steht, engagiert sich offenbar gerne mit dem Portemonnaie. Vielleicht sind die Berner aber auch einfach besonders gut darin, Steuerabzüge zu machen.

Ins Gewicht fallen dürften Mandatsträger, die in Bern wohnen und ihren Parteien einen Teil ihres Einkommens abgeben. Auch dank ihnen kommen pro Jahr ganze 13 Millionen an Politikspenden zusammen. Das sind 20 Franken pro Haushalt. Zum Vergleich: In Zürich, das auf den zweiten Platz kommt, sind es Fr. 16.50. In St. Gallen, das am anderen Ende des Politspen-

denrankings liegt, sind es gerade mal Fr. 4.60. Auch hier muss das nicht heissen, dass die St. Galler knauserig sind. Vielleicht ziehen sie ihre Beiträge einfach nicht von den Steuern ab.

Im Vergleich zu den 50 Millionen der privaten Steuerzahler verblissen die bekannten Beiträge von Banken, Versicherungen und der Pharma. Laut der Aktionärsgruppe Actares zahlten etwa die SMI-Firmen im Wahljahr 2015 rund 5 Millionen Franken an die Parteien. «Firmen und Verbänden spenden in der Regel gezielter als Private. Sie unterstützen eher ein Abstimmungskomitee, das sich für ein sie betreffendes politisches Anliegen einsetzt als eine einzelne politische Partei», sagt Gernet, der früherer CVP-Generalsekretär war.

Die Gesamthöhe von Firmenspenden in Erfahrung zu bringen, ist schwierig. Pauschal dürfen sie keine Steuerabzüge machen. Allerdings kann Politsponsoring als Betriebsaufwand von den Steuern abgezogen werden. Dies funktioniert aber nur, wenn der Abzug ge-

schäftsmässig begründet werden kann und in einem vernünftigen Verhältnis zum Reingewinn steht.

Wo landen die Spenden?

Die Steuerämter erheben nicht, wohin das Geld geht. Ein grosser Teil der 50 Millionen dürfte zu kantonalen Parteisektionen fliessen. In den Jahresrechnungen der nationalen Parteien findet sich jedenfalls nur ein kleiner Teil davon wieder. Die SVP Schweiz erhält laut Jahresrechnung zwischen 2 und 2,5 Millionen Franken pro Jahr. Das meiste Geld stammt aber von Firmen und KMU. Bei der nationalen SP sind es zwischen 3,7 und 4,5 Millionen. Die Grünen nehmen rund 650 000 Franken ein. FDP und CVP konnten oder wollten keine Angaben machen.

Die Schweizer Politik wird durch mindestens 50 Millionen Franken von Privaten und eine unbekannte Summe von Firmen finanziert. Es bleibt ein Schatten über dem strahlenden Bild der Schweizer Demokratie.

SP hofft auf Geld aus Erbschaften

Die Sozialdemokraten rufen dazu auf, im Testament die Partei zu berücksichtigen. Ist das pietätlos?

VON KARI KÄLIN

Manche mögen es schlicht. Zum Beispiel FDP, Grüne, Grünliberale und BDP. Man klicke auf deren Homepage das Wort «Spenden» an, tippe Betrag und Kreditkartennummer ein, fertig. SVP und CVP informieren ihre Gönnern immerhin über fiskalische Vorteile: Bis zu 10 000 Franken kann man von den Bundessteuern abziehen.

Einen anderen Ansatz wählt die SP. Sie fordert Sympathisanten («Hinterlassen Sie bleibende Spuren») zum einen dazu auf, die Partei im Testament zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck können potenzielle Gönnern einen Legate-Ratgeber bestellen. Zum andern lässt sie Sympathisanten wissen, dass man zum Gedenken an eine verstorbene Person das Geld auch in die SP anstatt in Blumen bei einer Trauerfeier investieren kann, getreu nach dem Motto: «Trauerspenden zugunsten der SP».

Auf ihrer Website verweist die SP schon seit mehreren Jahren auf die Möglichkeit, dass man am Lebensende etwas für die Partei springen lassen kann. Aktiv um Trauerspenden werbe sie aber nicht, betont Sprecher Nicolas Haesler. Und der Legate-Ratgeber sei in hoher Anzahl bestellt worden. Er vermittelte den Leserinnen und Lesern einen Überblick zum Thema Testament und Vererben.

Vorwürfe, es sei pietätlos, bei einem Todesfall quasi die hohle Hand zu machen, sind bei der Parteizentrale bis jetzt keine eingegangen. «Im Gegenteil», sagt Haesler. Der Ratgeber werde sehr geschätzt und stelle für viele eine willkommene Dienstleistung dar. «Denn wir drängen nicht zu Testamentsspenden, sondern informieren über die juristische Regelung und die Mög-

lichkeiten», ergänzt der Sprecher.

Das Buhlen um Legate und Trauerspenden ist ein sozialdemokratisches Alleinstellungsmerkmal. Keine andere Partei tut es ihr aktuell gleich. «Wir wissen es zu schätzen, wenn uns ein Mitglied oder ein Sympathisant mit einem Legat berücksichtigt, werben aber nicht aktiv dafür», sagt CVP-Sprecherin Vera Tschan.

Eine Grenzüberschreitung

Die SVP hat vor einiger Zeit einmal in einem Extrablatt einen Aufruf für ein Legat platziert. Die Resonanz blieb bescheiden. In den letzten zehn Jahren profitierte sie nur einmal von einem Legat. Um Trauerspenden zu bitten, kann sich die SVP nicht vorstellen. «Das käme in unseren konservativen Kreisen nicht gut an», sagt die stellvertretende Generalsekretärin Silvia Bär. Ihre Ablehnung gegen derartiges Fundraising am pointiersten formuliert die BDP: «Aufrufe für politische Spenden haben in einem Umfeld von persönlicher Trauer nichts verloren», sagt Generalsekretärin Astrid Bärtschi. «So sehr wir auf finanzielle Spenden angewiesen sind, würden wir hier eine Grenze überschreiten.»

Legate bescheren den Parteien keine grossen Beträge. Einige erhalten gar keine, andere geben darüber keine Auskunft. Transparenz stellen die Grünen her. In den Jahren 2017 und 2018 erhielten sie dank zwei Schenkungen 54 000 Franken. Auch die SP legt ihre Bücher offen. Seit 2014 flossen 146 600 Franken aus Legaten in die Parteikasse. Bei den Trauerspenden waren es lediglich 1000 Franken - offenbar spenden Blumen im Trauerfall immer noch mehr Trost als Parteipolitik.

NACHGEFRAGT

«Geld schadet sicher nicht, aber einen Nationalratssitz kann man sich nicht kaufen»

Welche Rolle spielt Geld in der Politik?

Marc Bühlmann: Geld schadet sicher nicht. Plakate, Inserate oder Einblendungen auf Facebook und Instagram kosten etwas. Allerdings ist unklar, welchen Effekt diese Mittel erzielen. Zudem sind kleine auffällige Aktionen, die kein Geld kosten, manchmal effektiver als teure Plakatwerbung.

Kann man sich einen Nationalratssitz kaufen?

Nein. Alle Studien zum Thema zeigen, dass Geld nicht

der entscheidende Faktor ist. Allerdings habe ich schon gehört, dass sich Politiker mit grosszügigen Beiträgen an die eigene Partei einen guten Platz auf der Wahlliste sicherten. Aber belegen lässt sich das kaum.

Wie viel Geld wird in einem Wahljahr ausgegeben?

Es ist praktisch unmöglich, das zu ermitteln. Zum einen fehlt in der Schweiz ein Parteiengesetz mit Vorgaben zur Finanzierung oder zur Transparenz. Zum anderen sind die Parteien derart föderalistisch organisiert, dass



Politologe Marc Bühlmann.

HO

niemand die Gesamtkosten erhebt. Ohne solche Daten lassen sich nur Aussagen darüber machen, wer im Vergleich mehr Mittel zur Verfügung hat. Bei den letzten Wahlen zeigte sich, dass SVP und FDP wohl das grösste Budget hatten. Seit 1991 heisst es alle vier Jahre: «Dies ist das teuerste Wahljahr aller Zeiten.»

Stimmt das? In den sozialen Medien ist Werbung billiger und gezielter.

Es ist tatsächlich fraglich, ob die Wahlkämpfe kaufkraftbereinigt teurer werden. Den

Effekt von Social Media halte ich aber für überschätzt. Die meisten Wählerinnen und Wähler dürften über klassische Medien wohl noch besser erreichbar sein als über Facebook. Darum können die Parteien im Moment noch nicht auf klassische Werbung verzichten.

Wer finanziert die Parteien in der Schweiz?

Das kommt auf die Partei an. Studien zeigen, dass die Mandatsabgaben bei linken Parteien höher sind als bei rechten. Bürgerliche Parteien er-

halten dafür grössere Spenden aus der Privatwirtschaft. Zum Teil holen linke Parteien Geld, das ihnen Banken geben würden, aus Prinzip nicht ab. Und dann gibt es noch die Mäzene. Bei der SVP hört man immer, dass die Familie Blocher grosse Beträge in die Partei einschiesst. Aber solange keine Transparenz herrscht, können wir nur spekulieren, wer wie viel bezahlt. (RT)

Marc Bühlmann ist Politikologie-Professor an der Universität Bern und Direktor der Jahrbücher «Année Politique Suisse».